

# CVP-Wahlkreispartei fasst Parolen wie erwartet

**Entlebuch:** Delegiertenversammlung der CVP-Delegierten Wahlkreis Entlebuch

*Im Gasthaus Bahnhofli, Entlebuch, fanden sich am vergangenen Donnerstag 37 Delegierte und einige Referenten zur DV ein. Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger referierte zu den nationalen Abstimmungen.*

Text und Bild Annalies Studer

Mit einem «rosigen» Rückblick eröffnete Parteipräsident Hans Lipp die Versammlung. Er durfte am vergangenen Wochenende namens der Partei zum Muttertag orangefarbene Rosen an Frauen verteilen. Dies sei gut angekommen und als nette Geste empfunden worden, freute sich der Präsident. Wie am kürzlich durchgeführten Amt- und Wyberchiesst habe auch die CVP ihre Ziele auf die Mitte ausgelegt, erklärte Lipp weiter und bezeichnete die Partei als zukunftsgerichtet und lösungsorientiert.

**Einstimmig Parolen gefasst**

Nationalrätin Andrea Gmür sprach zuerst zur Vollgeld-Initiative und bezeichnete diese als riskant, teuer und schäd-

lich. Die Initiative will das sogenannte «Buchgeld» verbieten, das die Geschäftsbanken in Umlauf bringen können. Mit einer Annahme würde man vieles auf Spiel setzen, warnte sie. Es hätte Folgen für die Wirtschaft, weil sie eine unabhängige Finanzpolitik unmöglich machen würde. Ihrer herzhaften Empfehlung für eine Ablehnung folgten die Delegierten mit einer einstimmigen Parole. Demgegenüber empfahl sie, dem Bundesgesetz für Geldspiele zuzustimmen. Sie stellte die Vorlage, die Geldspiele ausländischer Anbieter sperren will, vor. Mit den Abgaben aus dem Lotteriefonds und den Casinos würden Sport, Kultur, Soziales und die AHV unterstützt. Bei einer Ablehnung seien diese Beiträge bedroht, erklärte die Nationalrätin. Die Delegierten folgten auch hier einstimmig ihrer Empfehlung und fassten die Ja-Parole.

**Ein Ja zum Energiegesetz**

Kantonsrat Josef Dissler, Präsident der Energiekommission, sprach zum kantonalen Energiegesetz. Das aktuelle Gesetz sei veraltet; das neue Gesetz biete mehr Energieeffizienz, eine Harmonisierung der Energie- und Bauvorschriften mit anderen Kantonen werde erreicht und es gebe weniger Treibhausgasmissionen. Das Gesetz sei



Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger spricht zu den nationalen Abstimmungsvorlagen.

moderat und breit abgestützt, erklärte Dissler weiter. Es fördere erneuerbare, einheimische Energie und erhalte die Wertschöpfung im Kanton. «Auch für unsere Nachkommen empfehle ich mit Überzeugung, das neue Energiegesetz anzunehmen», sagte Josef Dissler.

Gegen das Gesetz referierte Oliver Imfeld, kantonaler SVP-Vizepräsident. Das Gesetz gehe zu weit, es sei eine Zwängerei und man kaufe damit die Katze im Sack, weil man die Kosten

nicht abschätzen könne, betonte Imfeld. Die Bürgerinnen und Bürger würden energiebewusst handeln ohne die Bevormundung durch dieses Gesetz. Gegenüber einem Nein und einer Enthaltung wurde auch hier eine klare Ja-Parole gefasst.

**Nein zur Gesundheitsinitiative**

Kantonsrätin Marianne Wimmer-Lötscher empfahl die Gesundheitsinitiative zur Annahme. Als Pflegefachfrau und

Heimleiterin sei ihr diese eine Herzensangelegenheit. Die Initiative verlange eine Änderung des Spitalgesetzes zur flächendeckenden Spital- und Notfallversorgung und die Beibehaltung der Luzerner Spitäler als öffentlich-rechtliche Anstalten im Eigentum des Kantons. «Die Pflege ist am Limit», sagte die Kantonsrätin und sprach vor allem die Probleme des Personals an, die auch eine Folge der Sparmassnahmen seien.

Die Initiative töne gut, verhindere aber den Fortschritt, denn Veränderungen im Spitalwesen würden behindert, sagte der Kontra-Referent, Kantonsrat Hans Lipp. Achtzig Prozent der in der Initiative enthaltenen Anliegen seien erfüllt. Die Umsetzung wäre sehr gefährlich und würde zu einem Bürokratiemonster. Die Delegierten folgten auch hier dem Vorschlag der CVP und fassten bei zwei Ja-Stimmen und einer Enthaltung klar die Nein-Parole.

**Infos und Apéro**

Kantonsrat Guido Roos informierte aus dem Kantonsrat und gab mit einigen kurzen Auszügen Einblick in das Ratsgeschehen. Nach Informationen aus der Wahlkreispartei, auch im Hinblick auf die Wahlen 2019, durfte Präsident Hans Lipp die Versammlung schliessen und zum Apéro einladen.

## Das Kulturland soll besser geschützt werden

**Kanton Luzern:** Zwei Initiativen eingereicht

*Im Kanton Luzern soll die Kulturlandschaft besser geschützt werden. Das verlangen zwei Initiativen, die am Dienstag eingereicht wurden. Der Boden brauche einen Anwalt, sagten die Initiatoren anlässlich der Übergabe der gesammelten Unterschriften.*

Die bestehenden Gesetze zum Schutz des Kulturlands und des wertvollen Ackerlandes reichen nicht aus, sagte Mitinitiator Andreas Meier, Nottwil, vor dem Luzerner Regierungsgebäude. Dort war ein 20-Quadratmeter-Rasenteppich ausgelegt worden – die Fläche, die jede Viertelstunde im Kanton Luzern verbaut wird.

**Verfassung ergänzen**

Das Kulturland bestmöglich schützen, will die Verfassungsinitiative «Luzerner Kulturlandschaft», für die 6510 Unterschriften zusammen kamen. Sie verlangt eine Ergänzung der Kantonsverfassung. Unter anderem soll die Landschaft in ihrer Schönheit bewahrt und vor Zersiedelung und Verunstaltung geschützt werden. Weiter soll eine reizvolle und wohlliche Gestaltung der Landschaft mit Städten und Dörfern die Lebensqualität verbessern. Bauen soll eine Gemeinschaftssache werden. Weitere Anliegen sind die Lebensmitteleproduktion und die Biodiversität.

**Planungs- und Baugesetz ändern**

Die Gesetzesinitiative unterschrieben 5840 Personen. Diese verlangen die Änderung des Planungs- und Baugesetzes. Fruchtfolgeflächen müssen in den Zonenplänen der Gemeinden klar erkennlich eingetragen werden, lautet

eine der Forderungen. Oft liege das Problem bei den Gemeinden, sei es aus Mangel an Fachkräften oder wegen gegenseitigem Wachstumsdruck zwischen den Gemeinden. Auch erlaube der Richtplan zu viel Bauen auf dem Land.

Hinter den Initiativen stehen neben Umweltverbänden EVP, GLP, Grüne, SP und die Junge CVP. Die CVP-Mutterpartei dagegen halte sich noch zurück, sagte Meier, seinerseits CVP-Localpolitiker. Auch die Landwirtschaft sei gespalten. Während Bio-Bauern das Ansehen unterstützen, gebe es Vorbehalte bei anderen Landwirten, die mehr Einschränkungen befürchten.

**Initiatoren zuversichtlich**

Bei der Unterschriftensammlung hätten drei Viertel der Angesprochenen unterzeichnet, hiess es seitens der Initiatoren. «So könne es nicht weitergehen», habe sogar ein Bauarbeiter gesagt. Anliegen zum Schutz des Kulturlandes waren jüngst im Thurgau und im Kanton Bern erfolgreich. Marcel Sonderegger, Oberkirch, langjähriger CVP-Grossrat und einer der Mitinitiatoren, zeigt sich zuversichtlich: «Wir sind optimistisch, dass die Bevölkerung des Kantons Luzern unsere Initiativen unterstützen wird.» [sda/EA]

## «Dreimal täglich» – wenn Alkohol Medikament wird

**Kanton Luzern:** Aktionstag Alkohol am 24. Mai

*Am Aktionstag Alkohol morgen Donnerstag, 24. Mai, steht das Thema «Selbstmedikation mit Alkohol zur Linderung von Beschwerden» im Fokus. Auch das SoBZ der Region Entlebuch engagiert sich.*

Alkohol wird immer häufiger nicht nur als Genussmittel, sondern als Betäubungsmittel verwendet. Um Ängste oder Unsicherheiten verschwinden zu lassen, greifen Betroffene zur Flasche und «behandeln» sich so selber. Im Rahmen des nationalen Aktionstages Alkohol spannen Stellen aus Beratung, Intervention und Prävention im Kanton Luzern zusammen, um das Thema «Alkohol als Medikament» in die Bevölkerung zu tragen. Hinter dem alle zwei Jahre stattfindenden Aktionstag stecken gemäss den

Initiatoren drei Dinge: das Ansprechen von kollektiv tabuisierten Themen, das Schaffen einer Plattform für Institutionen im Bereich Prävention, Beratung und Therapie von Alkoholabhängigkeit und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Dies geschieht über Boxen mit Trauben-zucker und Informationen in Arztpraxen, Apotheken und Beratungsstellen sowie über die Medienarbeit.

**Sensibilisierung und Reflektion**

Auch das Sozial-Beratungszentrum SoBZ Region Entlebuch, Wolhusen und Ruswil beteiligt sich und wird Flyer und Trauben-zucker aushändigen. Das Ziel des Aktionstags sei, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und jede Person dazu anzuregen, ihren eigenen Alkoholkonsum zu reflektieren, wie Sozialarbeiterin Doris Bürki auf Anfrage des EA erklärt.

Die Notwendigkeit der Sensibilisierung dieses Tabuthemas zeige die Statistik, meint Bürki: Jedes Jahr berate das

SoBZ im Bereich Alkohol rund 20 Fälle, was den grössten Teil der legalen Suchtprobleme ausmache. «Beraten werden die Betroffenen ressourcen- und lösungsorientiert. Wir geben zum Beispiel auch Grundinformationen über den Alkohol ab und stellen Kontakte zu Ärzten her. Teilweise wird die Beratung über einen längeren Zeitraum geführt», informierte Bürki. Auch Personen aus dem Umfeld der Betroffenen würden sich immer wieder melden. Diese würden von den Beratungspersonen meist in ihrer Rolle gestärkt und informiert, doch den entscheidenden Schritt zur Veränderung müsse der/die Betroffene selbst machen, schloss die Sozialarbeiterin.

**Give-Aways und Schulungen**

Neben den Infoboxen spricht die SIP (Sicherheit Intervention Prävention) Stadt Luzern mit Give-Aways und Rauschbrillen Jugendliche und Erwachsene zum Thema Alkoholkonsum im öffentlichen Raum an. Bei der Organisation Akzent Prävention und Suchttherapie in Luzern können ausgewählte Medien zum Thema gratis ausliegen werden. Ausserdem gibt es Schulungen für Fachpersonen in Spitz, Alters- und Pflegeheimen bezüglich Frühintervention im Alter. [pd/mak]

**leser brief**

**Vereine aufgepasst!**

Das Geldspielgesetz stellt sicher, dass jährlich rund eine Milliarde aus den Geldspielen gemeinnützigen Zwecken (Kultur, Soziales, Sport und Umwelt) sowie der AHV zufliesst. Diese Gelder kommen vor allem Vereinen und Non-Profit-Organisationen zugute. Ohne Geldspielgesetz sind diese Zuschüsse gefährdet. Ganz bestimmt werden sie nicht aus den ordentlichen Kantonsbudgets finanziert werden können. Zum Schutz vor Spielsucht, Geldwäscherei und Betrug müssen die Schweizer Lotteriegesellschaften und Spielbanken strenge Auflagen erfüllen und Abgaben liefern. Illegale Online-Anbieter aus Offshore-Staaten wie Malta, Gibraltar, Antigua usw. leisten keinen Beitrag an die Gemeinnützigkeit und bieten keinen Schutz vor Spielsucht, Geldwäscherei oder Betrug. Deshalb ist ein Zugangsschutz im Internet auch in anderen Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark, Belgien, Portugal weit verbreitet.

Vor allem auch Vereine und Non-Profit-Organisationen sind deshalb am Geldspielgesetz interessiert. Ein Ja ist die logische Konsequenz. Konrad Graber, CVP-Ständerat, Kriens

**Versuchslabor Schweiz?**

Die Vollgeld-Initiative ist eine der radikalsten Initiativen, die je eingereicht wurden. Das heutige Geldsystem soll komplett neu gestaltet werden. Die Vorlage ist sehr kompliziert und nie-

mand weiss, wie sie sich bei einer Annahme auswirken würde.

Die Initiatoren versprechen, dass Vollgeld Finanzkrisen verhindern soll. Ich bin der Meinung, globale Finanzkrisen kann man nicht verhindern. Man muss jedoch gut vorbereitet sein. Ich vertraue unseren heutigen Regulierungen. Damit sich die Banken nicht übernehmen, haben wir heute im Vergleich zu Europa scharfe Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften.

Bei Annahme der Initiative könnten die Banken kein elektronisches Buchgeld mehr schaffen, das Kreditgeschäft würde verstaatlicht. Für die Wirtschaft hätte die Initiative nur negative Folgen. Es wären nur noch Kredite aus Spargeldern oder nach Bewilligung durch die Nationalbank möglich. Stellen Sie sich vor, Sie haben eine gute Geschäftsidee und müssten monatelang auf einen Kredit warten. Oder Sie wollen ein Haus kaufen und müssen auf den Entscheid der Nationalbank warten. Die Folgen wären Engpässe. Heutzutage muss man schnell und flexibel sein. Weniger Kredite bedeuten weniger Investitionen in Infrastruktur, Innovation und Arbeitsplätze. Das Ausland wäre hochofrent, wenn sich die Schweiz auf dieses Experiment einlassen würde. Es könnte dann ruhig zuschauen, ob es funktioniert oder nicht.

Wir wollen keine neue Bürokratie aufbauen, sondern wir müssen Bürokratie abbauen. Daher gibt es für mich keinen Grund, ein gut funktionierendes Finanzsystem auf den Kopf zu stellen. Darum stimme ich Nein am 10. Juni. Albert Vitali, FDP-Nationalrat, Oberkirch

**kanton luzern**

**AWG unterstützt das Energiegesetz**

Das neue Luzerner Energiegesetz hat nur Gewinner: die Umwelt, die Luzerner Wirtschaft und die Gebäudebesitzer. Dieser Überzeugung ist die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft AWG Kanton Luzern. Der Vorstand hat für die Volksabstimmung am 10. Juni die Ja-Parole beschlossen. «Wir können und wollen nicht tatenlos zusehen, wie aufgrund des übermässigen CO<sub>2</sub>-Ausstosses unsere Gletscher schmelzen, Meeresspiegel steigen und sich Temperaturen erhöhen», sagt Josef Wyss, Präsident der AWG. So sehe es auch die Schweizer und die Luzer-

ner Bevölkerung, die sich vor einem Jahr klar hinter die Energiestrategie des Bundes gestellt habe. Von weniger Energieverbrauch, tieferen Kosten und mehr erneuerbarer Energie profitiere nicht nur die Umwelt. Zu den Gewinnern zählen auch die Gebäudebesitzer und vor allem die Wirtschaft. «Viele KMU in unserem Kanton haben die Chancen erkannt und mit neuen Angeboten und Dienstleistungen ein Business aufgebaut», so Wyss. Dazu zählen neue Dienstleister genauso wie traditionelle Handwerksbetriebe, die neue Potenziale in der Energiewende sehen, «und oft überraschend innovativ und erfolgreich auf dem Markt auftreten.» [pd/EA]